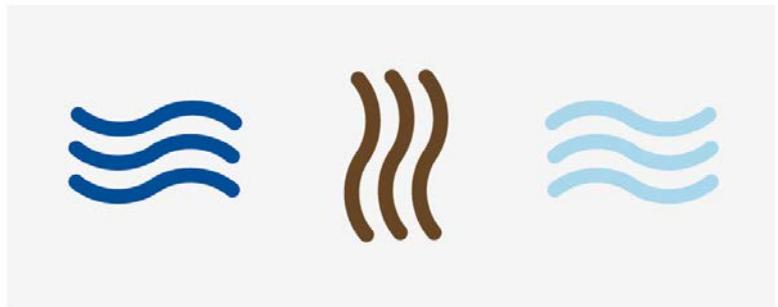


Heizungsindustrie und Gebäudesanierung als Konjunkturmotor nach der Corona-Krise

Positionspapier des Bundesverband Wärmepumpe e. V.



Berlin, 03.06.2020

Ansprechpartner

Dr. Martin Sabel
Geschäftsführer
Tel.: 030 / 208 799 711
sabel@waermepumpe.de

Dr. Björn Schreinermacher
Leiter Politik
Tel.: 030 / 208 799 719
schreinermacher@waermepumpe.de

Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e. V.

Der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e. V. ist ein Branchenverband mit Sitz in Berlin, der die gesamte Wertschöpfungskette rund um Wärmepumpen umfasst. Im BWP sind rund 500 Handwerker, Planer, Architekten, Bohrfirmen sowie Heizungsindustrie und Energieversorger organisiert, die sich für den verstärkten Einsatz effizienter Wärmepumpen engagieren.

Die deutsche Wärmepumpen-Branche beschäftigt rund 19.500 Personen und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von rund 2,5 Milliarden Euro. Derzeit nutzen rund 1 Million Kunden in Deutschland Wärmepumpen. Pro Jahr werden ca. 90.000 neue Anlagen installiert, die zu rund 90 Prozent von BWP-Mitgliedsunternehmen hergestellt werden.

I Industriepolitische Bedeutung von Heizungsindustrie und Sanierung

Die Corona-Krise hat zu einem weltweiten Konjunkturreinbruch geführt, mit voraussichtlich gravierenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das bevorstehende nationale Konjunkturprogramm hat nun die Chance, Klima- Wirtschafts- und Industriepolitik eng miteinander zu verknüpfen. Das ist nicht nur aus ökologischen Gründen wichtig. Auch der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht verlässliche Rahmenbedingungen, die signalisieren, dass ökologisch sinnvolle Produkte politisch gewollt sind und in ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützt werden. Denn klimapolitische Ziele sind längst rechtsverbindlich geworden. Fehlanreize, die Gefahr laufen, nachträglich korrigiert werden zu müssen, verursachen hingegen große Planungsunsicherheit für die vielen in der Transformation befindlichen Industriebranchen.

Auch die Heizungsindustrie befindet sich in einem Transformationsprozess hin zu erneuerbaren Energien. Dieser Wandel ist kein Selbstzweck, sondern einer globalen Entwicklung des Wärmemarkts geschuldet: Die Internationale Energie Agentur verzeichnet für Wärmepumpen ein jährlich um 10% ansteigendes globales Marktwachstum und rechnet mit über 60 Mio. Geräteverkäufen im Jahr 2030 (2018: 18 Mio.). Aktuell gehört die Heizungsindustrie zu den Technologieführern in Europa. Doch wie bei anderen Industriezweigen auch (Autoindustrie, Photovoltaik) geht es darum, den Technologiewandel entweder aktiv mitzugestalten oder mittelfristig gegenüber den internationalen Wettbewerbern zu verlieren. In dieser Situation benötigt die Heizungsindustrie jetzt Planungssicherheit und klare politische Weichenstellungen für den heimischen Absatzmarkt. Erneuerbare Zukunftstechnologien müssen schon heute in deutlich größeren Stückzahlen im innovativen Heimatmarkt produziert und eingesetzt werden, wenn man langfristig seine Spitzenposition nicht verlieren möchte. Die Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) hat diese Zusammenhänge in einer aktuellen industriepolitischen Studie dargestellt.

Im Rahmen einer Modernisierungsoffensive für den Gebäudebestand könnten die Heizungsindustrie und Sanierungsbranche (Hersteller, Großhandel, Handwerk) ein enormes Wirtschaftspotenzial abrufen. Dies betrifft insbesondere den Austausch veralteter Heizungen gegen erneuerbare Alternativen wie Wärmepumpen. Dabei ist eine Steigerung der aktuellen Austausch- und Sanierungsraten ohnehin erforderlich, um die Klimaziele erreichen zu können. Kapazitäten im Handwerk sind durchaus vorhanden. Ganz aktuell zeigt sich, dass Aufträge im Heizungs- und Sanitärbereich sich wieder verstärkt dem Heizungskeller zuwenden, während Renovierungen von Badezimmern in Corona-Zeiten an Attraktivität verlieren. Dieser Trend sollte verstärkt werden, zum einen durch Verlässlichkeit bei den bereits beschlossenen Instrumenten, zum anderen durch zusätzliche Konjunkturmaßnahmen.

Kennzeichen der Heizungsindustrie und Sanierungsbranche:

- **Mittelständische Unternehmen, häufig familiengeführt.** Weltweite Anerkennung als Technologieführer in der Heizungs-, Klima- und Lüftungstechnik. 60 % Anteil am heizungsindustriellen Umsatz in Europa
- **75.000 Beschäftigte, vorwiegend im ländlichen Raum**, u.a. Viessmann in Allendorf, Stiebel Eltron in Holzminden, Vaillant in Remscheid, Bosch Thermotechnik in Wetzlar, ait-Deutschland und Glen-Dimplex in Kulmbach
- **Sanierungsbranche: 540.000 Beschäftigte** in Handwerk, Industrie und Großhandel
- **90% lokale Wertschöpfung**, insb. in klein- und mittelständischen Betrieben und kommunal verankertem Handwerk (Systematische Erfassung durch DIW 2019)
- Sicherung der **kritischen Infrastruktur** Beheizung

II Aktuelle Handlungserfordernisse

1. Verlässlichkeit beim Klimaschutzprogramm 2030

Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 wurde im letzten Jahr ein politischer Kompromiss geschlossen. Ein Zurückfallen hinter diesen Kompromiss würde nicht zuletzt auch im Gebäudebereich und bei den beteiligten Akteuren (Industrie, Handwerk) große Unsicherheit erzeugen.

- **Förderprogramme:** Die Anhebung der Fördersätze im Marktanzreizprogramm zum Jahresbeginn 2020 hat sofort zu einer stark angewachsenen Nachfrage geführt. Damit ist diese Maßnahme die bislang erfolgreichste des Klimaschutzprogramms. Befürchtungen, die hierfür bereit gehaltenen Haushaltsmittel könnten bereits im Laufe des Jahres erschöpft sein, müssen frühzeitig ausgeräumt werden!
- **Energiepreise:** Verlässlichkeit beim Kostenrahmen von Sanierungsmaßnahmen ist unerlässlich für mehr Aktivität im Gebäudebereich. Deshalb müssen die Vereinbarungen vom Dezember 2019 zu einer deutlicheren Absenkung der EEG-Umlage sowie eines erhöhten Einstiegs in die CO₂-Bepreisung zeitnah umgesetzt werden.

2. Drohenden Anstieg der EEG-Umlage vermeiden

In Folge des sinkenden Stromverbrauchs in der Corona-Krise bei gleichzeitiger Rekordeinspeisung Erneuerbarer Energien könnte die EEG-Umlage energiewirtschaftlichen Berechnungen zufolge 2021 um fast 2 Cent auf 8,6 Cent je Kilowattstunde ansteigen, sofern die Politik nicht gegensteuert.

Diese Belastung, die überproportional einkommensschwache Haushalte und mittelständische Unternehmen treffen würde, gilt es zu vermeiden. Die geplante Senkung der EEG-Umlage um rund 1,5 Cent je Kilowattstunde, die durch die Einnahmen der nationalen CO₂-Bepreisung gegenfinanziert wird, verliert komplett ihre Wirkung. Deshalb muss der Strompreis über weitergehende Instrumente gesenkt werden, etwa durch direkte Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt und eine Absenkung der Stromsteuer. In jedem Fall sollte baldmöglichst eine spürbare Senkung der EEG-Umlage um rund 5 Cent erreicht werden. Dabei ist es wichtig, eine Konkurrenzsituation zwischen Konjunktur- und Klimaschutzprogramm, wie etwa innerhalb des Energie- und Klimafonds im Bundeshaushalt, zu vermeiden.

Ein niedrigerer Strompreis ist nicht nur sozial gerecht, er wird auch zum Anstieg der Kaufkraft beitragen, weil Verbraucherinnen und Verbraucher durch eine geringere Stromrechnung eine direkte Entlastung spüren werden.

Damit es auch zu einem vermehrten Heizungstausch und Wechsel zu Wärmepumpen kommt, ist es wichtig ist, dass deutlich kommuniziert wird, dass diese Strompreisentlastungen nachhaltig und verlässlich sind. Zusammen mit der verstärkten Förderung bei den Investitionen wird die Entlastung für den Betrieb von Wärmepumpen zu einem vermehrten Technologiewechsel im Heizungskeller führen.

3. Förderung: Marktanreizprogramm und Bundesförderung effiziente Gebäude

Der Erfolg des angepassten Marktanreizprogramms, welches ab dem kommenden Jahr auch in die Bundesförderung effiziente Gebäude überführt werden soll, sollte Anlass geben, das Förderprogramm eindeutig zu bestätigen und ausreichend Haushaltsmittel bereitzustellen. Zusätzlich können speziell für die Gebäudemodernisierung nochmals erhöhte Fördersätze dazu beitragen, die in einer Rezession für viele noch höher erscheinenden Investitionshürden zu überwinden. Eine Aufstockung um bis zu 10 Prozentpunkte würde große Sanierungsprojekte erleichtern, von denen Industrie und Handwerk direkt profitieren würden. Zum Vergleich: Das Marktanreizprogramm hat im letzten Jahr Investitionen in Höhe von 874 Mio. Euro ausgelöst.

Dabei kann die Aufstockung umfangreichen Sanierungsprojekten vorbehalten werden, wenn diese vollständig auf erneuerbare Heizsysteme setzen. Auch könnte der Ölkesslersatzbonus auf Direktheizungen/Nachspeicheröfen ausgeweitet werden. Der Ersatz dieser bundesweit immer noch über 1 Millionen Stromheizungen durch Wärmepumpensysteme hätte ein hohes CO₂-Einsparpotenzial. Diese Renovierung ist sehr aufwendig, weil in der Regel ein neues wassergeführtes Wärmeverteilsystem im Gebäude installiert werden muss.

Die aktuellen Diskussionen um die Bundesförderung effiziente Gebäude lassen leider befürchten, dass auf das erfolgreiche MAP ein mit zusätzlichen Hemmnissen ausgestattetes BEG folgen könnte. Denn der aktuelle Entwurfsstand sieht keinen zusätzlichen Anreiz vor, in besonders effiziente Heizsysteme – z.B. Erdwärme-Wärmepumpen – zu investieren. Dafür sind in den technischen Mindestanforderungen unnötige bürokratische Hürden enthalten.

4. Sanierungsoffensive öffentliche Liegenschaften

Ausgehend von einer aufgestockten Förderung – auch für kommunale Nichtwohngebäude – können Bund, Länder und Kommunen eine allgemeine Sanierungsoffensive für öffentliche Liegenschaften wie Schulen und Krankenhäuser starten. Angesichts der Überalterung vieler öffentlicher Gebäude sollte der energetische Zustand der zu sanierenden Gebäude immer mit betrachtet werden. Dabei können zusätzliche Fördergelder an einen verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien (Dachflächen-PV, erneuerbare Heizungstechnik) gebunden werden.

Auf der Bundesebene sollte der im Klimaschutzprogramm angekündigte Beschluss, Bundesbauten auf Effizienzhaus-Standard 55 zu sanieren schnellstmöglich veranlasst werden.

5. Fahrplan Wärmepumpen-Ausbau

Aus dem eingangs erläuterten globalen Wettbewerbsdruck resultiert eine besondere Bedeutung des Heimatmarkts. Für die Planungsfähigkeit der Heizungsunternehmen ist ein deutliches Signal aus der Politik erforderlich, dass der Einsatz von Wärmepumpen im Gebäudebereich zukünftig stärker zunehmen soll. Erforderlich wäre hierfür ein Fahrplan mit Technologieszenarien, wie dies in der Energieeffizienzstrategie Gebäude von 2015 angelegt war. Eine Zielvorgabe für Wärmepumpen könnte zunächst bei jährlich 400.000 zusätzlichen Wärmepumpen bis 2025 (2019: 90.000) liegen. In diesem Zuge könnten in die Energieeffizienzstrategie 2050 (EffStra) oder in die Langzeitrenovierungsstrategie belastbare Pläne aufgenommen werden, mit welchen Maßnahmen nachgesteuert wird, falls der Gebäudebereich seine Ziele aus dem Klimaschutzprogramm verfehlen sollte.

6. Digitalisierung und Sektorenkopplung vorantreiben

Der Smart-Meter-Rollout ist ein wichtiger Baustein für die Digitalisierung der Energiewende und eine Voraussetzung für die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität. Smart Meter ermöglichen Netzbetreibern eine bessere Steuerung flexibler Stromverbraucher auf Ebene der Verteilnetze. Damit kann die Flexibilität von Wärmepumpen genutzt werden, Wärme insbesondere dann zu erzeugen, wenn viel Wind- und Sonnenstrom vorhanden ist. Die flächendeckende Verbreitung von intelligenten Messsystemen ist die Voraussetzung für variable Stromtarife, die nach Bedingungen wie Zeitpunkt oder Netzlast gestaffelte Preise beinhalten. Die Bereitstellung von Flexibilität durch die Kombination von Smart-Metern und Wärmepumpen sollte z.B. über reduzierte Netzentgelte stärker als bisher belohnt werden, damit die Anschaffung der Smart Meter für Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur zusätzliche Kosten, sondern auch eine zusätzliche Strompreisentlastung bewirkt.

7. Dekarbonisierung von Wärmenetzen und Industrieprozessen

Die Überlegungen zu Förderprogrammen für die Dekarbonisierung von Wärmenetzen sind grundsätzlich richtig. Bislang lohnt sich der Einsatz von großen Wärmepumpen in dieser Hinsicht kaum, weil die hohen Strompreise die Amortisierung der Investitionskosten nur über einen langen Zeitraum zulassen. Die Pläne für einen EE-Wärmebonus im Kohleausstiegsgesetz und für eine Bundesförderung effiziente Wärmenetze sollten daher so umgesetzt werden, dass die Anschaffung großer Wärmepumpen-Anlagen wirtschaftlich attraktiver wird. Wichtig ist dabei, dass Abwasser und gewerbliche Abwärme als förderfähige Wärmequellen zugelassen werden. Denn diese Wärmequellen sind gerade im innenstädtischen Bereich häufig eine gute Dekarbonisierungsoption für Wärmenetze.

Nicht zuletzt sollten auch die Fördermöglichkeiten für Gewerbe- und Industrieunternehmen, die auf Wärmepumpen setzen (z.B. in der Lebensmittelproduktion), soweit wie möglich ausgereizt werden.

8. Schulungs- und Fortbildungsprogramme

Das Vorankommen beim Einsatz von Wärmepumpen setzt voraus, dass das Handwerk in der Breite geschult wird. Ziel sollte es sein, dass das gesamte relevante Handwerk (vom Azubi bis zum Meister) kostenfreien Zugang zu Schulungs- und Fortbildungsprogrammen über den Einsatz von erneuerbaren Heizungstechniken erhält. Die Fachverbände haben hierzu bereits bewährte Schulungsprogramme, u.a. mit Bildungsträgern aus Kammern und Innungen aufgesetzt. Deren Reichweite könnte durch staatliche Unterstützung verbessert werden.